

Niederschrift (Öffentlicher Teil) Sitzung des Mobilitätsausschusses

Sitzungstermin: Donnerstag, 15.05.2025
Sitzungsbeginn: 17:00 Uhr
Sitzungsende: 19:58 Uhr
Raum, Ort: Sitzungssaal des Rates, Rathaus

Anwesenheitsliste

Anwesend

Vorsitz

Name	Bemerkung
Monika Annette Wenzel	

Gremienmitglieder

Name	Bemerkung
Noah Wagner	
Dr. Heike Wolf	
Kaj Neumann	
Gaby Breuer	
Dr. Sebastian Breuer	
Franca Braun	Vertretung für: Wilfried Fischer
Daniel Hecker	
Ralf Demmer	
Rolf Winkler	
Leona Piana	Vertretung für: Stefan Dussin
Lis Weilandt	Vertretung für: Burkhard Fahl
Jörg Hans Lindemann	
Dr. Andreas Nositschka	
Nicolai Vincent Radke	
Dr.-Ing. Jan van den Hurk	
Louise Knobloch	Vertretung für: Jörg Veltrup

Schriftführung

Name	Bemerkung
Silke Retterath	

Abwesend

Gremienmitglieder

Name	Bemerkung
Peter Blum	entschuldigt
Wilfried Fischer	entschuldigt
Stefan Dussin	entschuldigt
Burkhard Fahl	entschuldigt
Christian Hofmann	entschuldigt
Jörg Veltrup	entschuldigt

Gäste:

Esther Reufsteck, APAG
Kathrin Driessen, ASEAG
Caline Strack, AG Behindertenhilfe
Marco Donner, ASEAG
Paul Dowideit, MAT Traffic
Christian Dowideit, MAT Traffic

Tagesordnung

Öffentlicher Teil

TOP	Betreff	Vorlage
1	Eröffnung der Sitzung	
2	Genehmigung der Niederschriften vom 10.04.2025	
2.1	Genehmigung der Niederschrift der Sondersitzung Mobilitätsausschusses und der Bezirksvertretung Aachen-Mitte vom 10.04.2025	
3	Förderprojekt BUS2DATA – Vorstellung der Projektergebnisse	FB 68/0191/WP18
4	Förderprojekt Ac-DatEP – Vorstellung der Projektergebnisse	FB 68/0192/WP18
5	Neufassung der Stellplatzsatzung der Stadt Aachen	FB 60/0160/WP18
6	Mobilität in Deutschland 2023 - Ergebnisse für Aachen	FB 68/0184/WP18
7	NEMORA Arbeitsgruppe Starke Achsen: Erweiterung des regionalen ÖPNV-Hauptkorridor-netzes	FB 68/0189/WP18
8	Sachstandsbericht zum beschleunigten Ausbau barrierefreier Bushaltestellen	FB 68/0196/WP18
9	RS4 Radschnellweg Euregio: Veröffentlichung der Dokumentation zur frühen Öffentlichkeitsbeteiligung und Ergebnis der in der Voruntersuchung gewählten Linie	FB 68/0165/WP18
10	Bewegungsaktion "Stadt - Land - zu Fuß - Sachstandsbericht und weitere Beteiligung an der Aktion	FB 68/0194/WP18
11	Städtebauförderung Jahresbericht 2024, Arbeitsprogramm 2025 und Folgejahre; hier: Beschluss	FB 61/1077/WP18
12	Anhebung des Knotenpunkts Altstraße/Schönrathstraße zur Erhöhung der Verkehrssicherheit (Planungs- und Ausführungsbeschluss)	FB 68/0186/WP18
13	Eupener Straße: Neumarkierung der Fahrbahn zwischen Jahnplatz und Diepenbenden	FB 68/0181/WP18
14	Anpassung der Höchstparkdauer in der Tarifzone 1 Ratsantrag der Fraktionen Die Grünen und SPD vom 15.10.2024	FB 68/0188/WP18

TOP	Betreff	Vorlage
15	Bewohnerparken BU 5 (Malmedyer Straße) - Einrichtung der Zone „BU 5“	FB 68/0171/WP18
16	Übersicht über aktuell laufende Straßenbaumaßnahmen hier: mündlicher Bericht	
17	Baumaßnahme Bismarckstraße - Umleitungssituation hier: mündlicher Bericht	
18	Mitteilungen der Verwaltung	

Protokoll Öffentlicher Teil

Zu 1 Eröffnung der Sitzung

Die Vorsitzende eröffnet die Sitzung, begrüßt alle Anwesenden und stellt die Beschlussfähigkeit fest. Auf ihre Nachfrage zu Anträgen zur Tagesordnung meldet sich Ratsherr Breuer und beantragt, den TOP Ö9 (Rad-schnellweg) zwecks Einhaltung der Beratungsreihenfolge zu schieben. Dem schließt sich Ratsfrau Breuer an. Der Antrag wird einstimmig angenommen.

Anschließend verpflichtet die Ausschussvorsitzende den neuen sachkundigen Bürger der Fraktion Die Linke, Lorenzo Cirillo, der danach der Sitzung aus dem Zuschauerraum folgt.

Zu 2 Genehmigung der Niederschriften vom 10.04.2025

Es steht die Genehmigung der Niederschrift der Sondersitzung mit der Bezirksvertretung Mitte vom 10.04.2025 zur Beschlussfassung an.

Zu 2.1 Genehmigung der Niederschrift der Sondersitzung Mobilitätsausschusses und der Bezirksvertretung Aachen-Mitte vom 10.04.2025 ungeändert beschlossen

Herr Nositschka gibt an, dass er seinen Wortbeitrag aus der Sitzung nicht im Protokoll wieder finde, was er sehr bedauerlich finde. Er bitte darum, künftig alle Wortbeiträge aufzunehmen.

Beschluss:

Die Niederschrift der gemeinsamen Sondersitzung wird genehmigt.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig, 3 Enthaltungen

Zu 3 Förderprojekt BUS2DATA – Vorstellung der Projektergebnisse zur Kenntnis genommen FB 68/0191/WP18

Nach einer Einleitung von Uwe Müller präsentieren die Projektverantwortlichen Herr Dowideit, Herr Pielen und Frau Lorenzen zum Thema.
Frau Ausschussvorsitzende Wenzel erkundigt sich, wie die im Vortrag genannte Ausweitung genau geplant sei.

Herr Dowideit erläutert, man habe derzeit 8 Knoten auf der Vaalser Straße installiert und plane sowohl die Anzahl dieser Knoten, als auch die Strecke im Rahmen eines Projektes zu erhöhen. Allerdings warte man derzeit noch auf die Möglichkeit, passende Fördergelder beantragen zu können.

Beschluss:

Der Mobilitätsausschuss nimmt den Sachverhalt zur Kenntnis.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig

**Zu 4 Förderprojekt Ac-DatEP – Vorstellung der Projektergebnisse
zur Kenntnis genommen
FB 68/0192/WP18**

Auch hier präsentieren Frau Lorenzen und Herr Pielen zum Thema.
Ratsherr Neumann dankt den beiden für die spannenden Ausführungen. Man habe derlei Themen ja schon oft im Ausschuss thematisiert. Wichtig sei hierbei, dass man die erhobenen Daten dann auch sinnvoll miteinander verknüpfe. Er würde gerne wissen, ob die Stadt die Daten auch anderweitig hätte bekommen können, oder ob man ohne das Projekt keinerlei Chancen gehabt habe. Außerdem fragt er nach Skalierungsmöglichkeiten. Er frage sich, ob es realistisch oder doch eher utopisch sei, in Zukunft auch das ganze Netz abbilden zu können.

Herr Pielen erläutert, man habe bewusst für die verschiedenen Fragestellungen verschiedene Sensoren ausgewählt und installiert. Insbesondere im Bereich der Fußgängerdaten habe man vorher noch zu wenig Daten gehabt und diese erst durch das Projekt sammeln können. Andere Bereiche hingegen seien schon mit einer guten Grundlage versehen. Für eine weitergehende Analyse sei nun zunächst eine Datenfusion notwendig.

Die Ausschussvorsitzende Wenzel erkundigt sich, wie es jetzt mit dem Projekt KomIT weitergehe.

Man könne sowohl die hier gewonnenen Erkenntnisse, als auch die Hardware für das Projekt weiternutzen, so Herr Pielen.

Beschluss:

Der Mobilitätsausschuss nimmt den Sachverhalt zur Kenntnis.

**Zu 5 Neufassung der Stellplatzsatzung der Stadt Aachen
zur Kenntnis genommen
FB 60/0160/WP18**

Ratsherr Breuer zeigt sich froh darüber, dass man in der Sache noch eine Runde gedreht und die Stellplatzsat-

zung noch einmal an der einen oder anderen Stelle überarbeitet habe. Auch wenn einiges, wie zum Beispiel die Öffnungsklausel nicht möglich sei, was dem Landesrecht geschuldet sei, so halte er die jetzige Fassung doch für sinnvoll. Wichtig sei aus seiner Sicht, dass man das Ganze auch evaluiere und schaue, inwieweit alles handhabbar sei. Dies solle aus seiner Sicht nicht schon nach einem Jahr geschehen, sondern von der Verwaltung ein geeigneter Zeitraum gefunden werden.

Herr Nositschka nimmt Bezug darauf, dass das Parken grundsätzlich mindestens doppelt so teuer wie ein Mobilticket und auch teurer als ein privater Stellplatz sein solle. Er frage sich, ob dies überall, insbesondere in den Randbezirken auch wirklich der Realität entspreche. Die Regelung für solidarfinanzierte ÖPNV Tickets müsse sich wohl auf das Semesterticket beziehen, welches aber wohl nicht zur Anwendung kommen werde, da nicht die Hochschulen, sondern die Studierendenschaften mit der ASEAG die Verträge schlössen. Dadurch läge für die Hochschulen das Semesterticket gar nicht in ihrer Entscheidungshoheit und sie könnten es nicht zur Reduktion von Stellplätzen vertraglich nutzen.

Herr Schuster verspricht, die Anregungen von Herrn Nositschka zu den Kosten mitzunehmen. Man wolle den Arbeitgebern ein Anreizsystem bieten, dass sie lieber ein Ticket anbieten, statt Stellplätze zu bauen. Bezüglich des Semestertickets habe man die Tickets des aktuellen Systems in der Satzung benannt um sicherzustellen, dass diese auch weiterhin berücksichtigt würden. Gleichzeitig sei man aber auch so flexibel, dass man notwendige Anpassungen jederzeit vornehmen könne.

Frau Strack erkundigt sich, warum in der Stellplatzsatzung keine Stellplätze für Menschen mit Behinderung aufgenommen wurden.

Man regle mit der Satzung den Zu- und Abverkehr, so Herr Schuster. Für Menschen mit Behinderungen und deren Stellplätze gebe es zusätzliche rechtliche Regelungen, so dass diese nicht in der Stellplatzsatzung geregelt werden müssten.

Beschluss:

Der Mobilitätsausschuss nimmt den Sachverhalt zur Kenntnis.

Zu 6 Mobilität in Deutschland 2023 - Ergebnisse für Aachen zur Kenntnis genommen FB 68/0184/WP18

Ratsfrau Breuer erkundigt sich bei Herrn Müller nach den aufgewandten Ressourcen für die Erhebung der Daten. Dieser ordnet die entstandenen Aufwendungen kurz ein und verweist auf den dann folgenden Vortrag von Herrn Schrömbges.

Frau Weilandt spricht ihren Dank aus. Es sei signifikant und relevant, dass die Wende funktioniere, auch wenn es manchmal für den einen oder anderen etwas beschwerlich sei.

Sie sehe in den Ergebnissen nicht nur eine Bestätigung, sondern auch einen Auftrag, die Menschen bei ihrem Wandel und ihren Entwicklungen zu unterstützen. Die Ergebnisse bezüglich des ÖPNV seien in Aachen noch ausbaubar.

Man habe 2022 den einstimmigen Beschluss gefasst, sich ein weiteres Mal an der Studie zu beteiligen, so Herr van den Hurk. Und nun sehe man, dass sich die Teilnahme in jedem Fall lohne. Die Mobilitätswende in Aachen sei im vollen Gange und die Aufgabe der Politik und der Verwaltung sei es nunmehr weitere gute Angebote zu schaffen. Er sehe durchaus Chancen in der Entwicklung. Bezüglich des ÖPNV stimme er Frau Weilandt zu, dass

Beschluss:

Der Mobilitätsausschuss nimmt den Sachverhalt zur Kenntnis.

**Zu 9 RS4 Radschnellweg Euregio: Veröffentlichung der Dokumentation zur frühen Öffentlichkeitsbeteiligung und Ergebnis der in der Voruntersuchung gewählten Linie
 vertagt
 FB 68/0165/WP18**

Die Beratung des TOPs wurde vertagt.

Abstimmungsergebnis:

**Zu 10 Bewegungsaktion "Stadt - Land - zu Fuß - Sachstandsbericht und weitere Beteiligung an der Aktion
 ungeändert beschlossen
 FB 68/0194/WP18**

Es gibt keine Wortmeldungen.

Beschluss:

Der Mobilitätsausschuss nimmt die Ausführungen der Verwaltung zur Kenntnis und beauftragt die Verwaltung, die erneute Teilnahme der Stadt Aachen an der Aktion „Stadt – Land – zu Fuß“ vorzubereiten und durchzuführen.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig

**Zu 11 Städtebauförderung Jahresbericht 2024, Arbeitsprogramm 2025 und Folgejahre;
hier: Beschluss**

**ungeändert beschlossen
FB 61/1077/WP18**

Frau Beigeordnete Burgdorff erläutert, warum man das Thema in den Mobilitätsausschuss eingebracht habe. Bei den vielfältigen ISEK Projekten in Aachen spiele immer auch die Mobilität eine große Rolle für die Menschen vor Ort, daher wolle man in der Folge auch die Fachpolitik entsprechend mit einbeziehen.

Beschluss:

Der Mobilitätsausschuss nimmt den Bericht der Verwaltung zur Kenntnis und empfiehlt dem

Planungsausschuss, die Verwaltung zu beauftragen, auf Grundlage der vorgestellten Projektstände die Anmeldung zur Städtebauförderung vorzubereiten.

Abstimmungsergebnis:
Einstimmig

**Zu 12 Anhebung des Knotenpunkts Altstraße/Schönrathstraße zur Erhöhung der Verkehrssicherheit (Planungs- und Ausführungsbeschluss)
ungeändert beschlossen
FB 68/0186/WP18**

Herr Radke dankt der Verwaltung für die nachvollziehbare Planung. Er erkundigt sich, ob man die Anrampungen dort wo sie steil seien, markieren könne.

Man werde die Böschungsmarkierungen wie vorgeschrieben in grau schraffieren, so Frau Roder.

Diese seien im Gestaltungshandbuch für Fahrradstraßen sogar explizit vorgesehen, so Herr Lindemann. Er begrüße das ganze und würde sich freuen, wenn es auch an anderen Stellen noch angebracht würde. Überall dort, wo keine Fernwärme geplant sei, könne man seiner Meinung nach damit beginnen.

Herr van den Hurk erkundigt sich, wie man die Barrierefreiheit insbesondere für sehbeeinträchtigte Menschen sicherstellen wolle.

Herr Larscheid antwortet, dass man anders als bei einer Gehwegüberquerung hier durchaus eine Niveauanhebung zum Straßenraum hin habe. Man arbeite aber auch mit einem taktilen Leitsystem.

Herr Nositschka spricht der Verwaltung seinen Dank für die Überplanung aus. Aus seiner Sicht sei es besonders an dieser Kreuzung sehr wichtig.

Frau Strack äußert bezüglich der Niveauanhebung ihre Bedenken, ob das Ganze dann noch für Rollstuhlfahrer zu schaffen sei. Die von Frau Roder angekündigte Böschungsmarkierung begrüße sie.

Man müsse immer einen Kompromiss finden um Unfälle zu vermeiden, so Herr Larscheid. Er versichert jedoch, dass die Niveauunterschiede verträglich seien. Er sagt zu, die Planungen zu gegebener Zeit in der Kommission Barrierefreies Bauen vorzustellen.

Beschluss:

Der Mobilitätsausschuss beschließt die Anhebung des Knotenpunkts Altstraße/Schönrathstraße gemäß dem als Anlage 4 beigefügten Lageplan.

Abstimmungsergebnis:
Einstimmig

Zu 13 Eupener Straße: Neumarkierung der Fahrbahn zwischen Jahnplatz und Diepenbenden

ungeändert beschlossen
FB 68/0181/WP18

Der Straßenabschnitt habe es definitiv nötig, saniert zu werden, so Herr van den Hurk. Mit der jetzigen Planung tue man etwas für den Verkehrsfluss, die Frage sei jedoch, ob man auch etwas für die Sicherheit des Radverkehrs tun könne. Die Verwaltung habe bereits die Anregung eines Schutztrennstreifens geprüft und mitgeteilt, dass dies rechtlich nicht möglich sei, trotzdem wolle er sich noch einmal versichern.

Sie seien auf Grund des einseitigen Wegfalls der Parkflächen nicht begeistert, so Herr Lindemann und er stelle sich die Frage, ob nicht eine andere Aufteilung möglich sei. Wenn man den derzeit sehr breiten Fußweg von über 3 Metern verkleinere, könne man die derzeit sehr schmale Radverkehrsanlagen verbreitern. Die vorgelegte Planung hingegen lehne er ab.

Wenn der Trennstreifen rechtlich nicht möglich sei, andererseits jedoch der Gehweg sehr breit sei, könne man dies doch gegebenenfalls anpassen, regt Herr Nositschka an. Er appelliert an die Verwaltung, sich die Aufteilung zu Gunsten des Radverkehrs noch einmal anzuschauen.

Ratsfrau Breuer weist darauf hin, dass an diesem Straßenabschnitt auch ein großer Sportplatz sei, der auch von Menschen frequentiert werde, die nicht mit dem Fahrrad führen.

Frau Strack schließt sich dem Wunsch nach einer Überplanung an.

Man habe ein Sanierungsprogramm für Straßenoberflächen des Stadtbetriebs so Herr Müller. Dieses decke jedoch nicht die Straße an sich ab, da es sich dann um einen enorm höheren Aufwand handle. Man werde sich den Zustand der Nebenanlagen noch einmal genau anschauen aber nicht die grundsätzliche Straßenaufteilung. Die Nebenanlagen seien zudem auch nicht für solch hohe Gewichte wie bei PKWs vorgesehen und würden dann sehr schnell Schäden davontragen. Man könne aber gerne prüfen, ob auf den Nebenanlagen eine andere Markierung denkbar sei.

Die hier aufgeworfenen Probleme entstünden vor allem durch die immer breiter werdenden Autos. Dadurch sei auch kein weiterer Trennstreifen möglich.

Was man ebenfalls nun noch mitnehmen werde, sei der Wunsch der ASEAG nach einer verbesserten Ausstiegssituation.

Beschluss:

Der Mobilitätsausschuss beauftragt die Verwaltung mit der Umsetzung der Neumarkierung der Eupener Straße im Abschnitt Jahnplatz bis Diepenbenden entsprechend der vorgelegten Planung.

Abstimmungsergebnis:

Mehrheitlich, 4 Gegenstimmen

Zu 14 Anpassung der Höchstparkdauer in der Tarifzone 1
Ratsantrag der Fraktionen Die Grünen und SPD vom 15.10.2024
geändert beschlossen
FB 68/0188/WP18

Ratsfrau Breuer stellt einen gemeinsam mit den Fraktionen Die Zukunft und Die Linke verfassten geänderten Beschlussvorschlag vor. Dieser sieht vor, die Höchstparkdauer zu erhöhen, die Gebühren hingegen nicht. Diese Vorgehensweise solle dann von der Verwaltung in einem Jahr noch einmal geprüft und ein neues Konzept für die Zonierung vorgebracht werden.

Die Beschränkung von einer Stunde sei von vornherein zu kurz gewesen

Der Vorschlag sei zum Teil identisch mit dem Vorschlag der Verwaltung, so Herr Lindemann. Man habe jedoch einen Interessenkonflikt zwischen den Anwohnern auf der einen Seite und den Besuchern auf der anderen. Da sich der Parkdruck auf Grund der Bewohnerparkzonen immer weiter verschiebe, müsse man sich die Frage stellen, ob die Einteilung in zwei Zonen noch zeitgemäß sei. Aus seiner Sicht müsse das Ganze stärker unterteilt und an die Verfügbarkeiten von Parkhäusern angepasst werden.

Die Lenkungswirkung in die Parkhäuser hinein sei derzeit noch sehr gering, so Herr Nositschka. Bei einer Ausdehnung der Höchstparkdauer auf 4 Stunden spitze sich das Ganze noch zu. Andererseits sei es an manchen Stellen, je nach Entfernung zum nächsten Parkhaus durchaus sinnvoll. Da das Bestreben der Politik immer sei, Freiräume im Straßenraum zu schaffen, sei es wichtig, die Lenkungswirkung zu erhöhen.

Herr van den Hurk erinnert daran, dass der Beschluss zur Begrenzung der Höchstparkdauer auf eine Stunde damals ein von SPD und CDU gemeinsam getroffener gewesen sei. Man habe seinerzeit versucht, eine Alternative zur drohenden Tarifierhöhung zu finden. Nun habe sich diese Regelung nicht bewährt, so dass man nun mit einem Ratsantrag das Thema noch einmal behandelt haben wollen. Eine Erhöhung der Gebühren sei in dem Antrag nicht gewollt gewesen.

Bezüglich des soeben vorgestellten geänderten Beschlussvorschlags halte er nichts von einer Befristung. Auch eine kleinteilige Regelung der Staffelung der Parkdauer je nach Entfernung des nächsten Parkhauses lehne er ab. So etwas Sorge nur für Unsicherheiten bei den parkenden Leuten.

Herr Demmer erkundigt sich, ob auch die Aufhebung der Höchstparkdauer in den Zonen W und BU1 im Vorschlag von CDU, Die Zukunft und Die Linke vorgesehen sei, was bejaht wird.

Frau Strack zeigt sich erfreut über die Erhöhung der Parkdauern.

Frau Ausschussvorsitzende Wenzel lässt sodann über den Vorschlag von CDU, Die Zukunft und Die Linke abstimmen:

Der Mobilitätsausschuss nimmt den Bericht der Verwaltung zur Kenntnis. Er beschließt unter Beibehaltung der Mindestparkdauer von einer Stunde eine Anpassung der Höchstparkdauer in der Tarifzone 1 auf maximal vier Stunden (240 Minuten). Darüber hinaus wird die Höchstparkdauer in den Bewohnerparkzonen W und BU1 aufgehoben.

Diese Anpassung ist befristet auf ein Jahr. Innerhalb dieser Zeit wird die Verwaltung beauftragt, einen Vorschlag für eine geänderte Zonierung zu präsentieren, wie innerhalb des Innenstadtbereichs die Höchstparkdauer im Sinne einer Abwägung zwischen Anwohnern und Besuchern, insbesondere auch unter Einbezug der Entfernung zu den Parkhäusern, genauer differenziert werden kann und der Bezirksvertretung Mitte, dem Mobilitätsausschuss sowie dem Rat der Stadt zeitnah vorzustellen.

Der Mobilitätsausschuss empfiehlt dem Rat, die Parkgebühren in Tarifzone I nicht zu erhöhen.

Der Vorschlag wird mit 6 Zustimmungen und 9 Ablehnungen mehrheitlich abgelehnt.

Sodann wird über den geänderten Beschlussvorschlag der Fraktionen SPD und Grüne abgestimmt.

Beschluss:

Der **Mobilitätsausschuss** nimmt den Bericht der Verwaltung zur Kenntnis. Er beschließt unter Beibehaltung der Mindestparkdauer von einer Stunde die Anpassung der Höchstparkdauer in der Tarifzone 1 auf maximal vier Stunden (240 Minuten). Darüber hinaus wird die Höchstparkdauer in den Bewohnerparkzonen **W** und **BU1** aufgehoben.

Die Parkgebühren bleiben unverändert.

Abstimmungsergebnis:

Mehrheitlich, 5 Gegenstimmen

**Zu 15 Bewohnerparken BU 5 (Malmedyer Straße) - Einrichtung der Zone „BU 5“
ungeändert beschlossen
FB 68/0171/WP18**

Ratsherr Wagner kündigt an, dem TOP trotz Kritik aus verschiedensten Richtungen zustimmen zu wollen, aber zu erläutern, warum er dies tue. Seine Partei stehe dafür, dass immer die Interessen der schwächsten Verkehrsteilnehmer Vorrang hätten. Wenn nun durch den mangelnden freien Fußweg eben jene schwächeren Verkehrsteilnehmenden in Gefahr gerieten, so sei dies ein Argument für ihn, der Verwaltung zuzustimmen, auch wenn durch den Wegfall des Gehwegparkens weniger Parkflächen zur Verfügung stünden. Er erkundigt sich bei der Verwaltung, ob es eine Aufstellung gebe, wie viele Parkflächen wegfielen. Das müsse man nachreichen, so Herr Müller.

Herr van den Hurk plädiert dafür, die Angelegenheit im großen Ganzen zu sehen, nämlich im Zusammenhang mit der Umgestaltung der Salierallee. Das Freihalten der Bürgersteige sei ihm persönlich eine Herzensangelegenheit. Mit der Einrichtung der Bewohnerparkzone werde man einen wichtigen Baustein für genügend Parkplätze für die Anwohner schaffen. Er verweist auf die Prioritätenliste zur Einrichtung von Bewohnerparkzonen, auf der man seinerzeit die Zone BU5 nach vorne gezogen habe.

Die Umgestaltung der Salierallee sei ein wichtiges Kriterium, so Herr Lindemann. Insbesondere die dann dort wegfallenden Parkplätze. Durch den dann entstehenden Parkdruck wolle man die Parkzone einführen um diesem zu begegnen. Allerdings sei die Umgestaltung noch lange nicht abgeschlossen. Er wolle den Verdrängungseffekt in die umliegenden Straßen vermeiden, bis die Salierallee fertiggestellt sei.

Ratsfrau Breuer kündigt an, die Vorlage abzulehnen. Man müsse in der Lage sein zu lernen. Wenn man überall nur einen Verdrängungseffekt erreiche, müsse man eben andere Mechanismen bedienen. Ein weiterer Aspekt seien die mittlerweile immens hohen Kosten für einen Bewohnerparkausweis von oftmals rund 400€ für Familien.

Man müsse einen Abwägungsprozess durchlaufen, so Ratsherr Neumann. Schließlich habe man der Verwaltung einen klaren politischen Auftrag gegeben, Bewohnerparkzonen auszuweisen. Natürlich könne man grundsätzlich alles wieder in Frage stellen, allerdings müsse man eben auch sehen, dass der Straßenraum zu knapp sei und dies entsprechend Auswirkungen habe. Die Bewohnerparkkosten seien bisher viel zu gering ausgefallen und auch mit der neuen Preisgestaltung sei die Gebühr noch fair. Der Wegfall von Parkplätzen in diesem Bereich habe nichts mit der Bewohnerparkzone zu tun, sondern damit, dass man die Fußwege freihalten wolle, mit Abbiegesituationen etc. Er sei sich sicher, dass unter dem Strich ein positiver Effekt für die Anwohner entstehen würde und dankt der Verwaltung.

Auch Herr Nositschka begrüßt das Ganze. Er habe durchaus unterschiedliche Rückmeldungen der Anwohner erhalten. Eine kleinteiligere Lösung sei jedoch an dieser Stelle nicht sinnvoll.

Herr Lindemann prognostiziert bei den jetzigen Gebühren für den Bewohnerparkausweis einen Effekt der Verdrängung.

Ratsherr Breuer widerspricht, dass seine Fraktion mit den Bewohnerparkausweisen die Familien belastete. Bei der soeben vorgestellten Studie sei herausgekommen, dass rund 40% der Haushalte gar kein Auto besäße. Diese müssten aber alles mitfinanzieren, wenn man als Bemessungsgrundlage den PKW nehmen würde. Stattdessen habe man lieber die KiTa Gebühren angepasst.

Man habe mittlerweile 28 Bewohnerparkzonen in Aachen, gibt Herr van den Hurk an. Bei allen Einrichtungen habe es Verdrängungseffekte gegeben. Er verstehe daher nicht, warum jetzt plötzlich darüber Diskussionen entstünden. Bei der Förderung von Familien sei er ebenfalls der Meinung, dass man so zielgenau vorgehen müsse, dass alle profitierten und da sei das Auto eine schlechte Grundlage.

Beschluss:

Der Mobilitätsausschuss nimmt die Ausführungen der Verwaltung zur Kenntnis und beschließt für die in seiner Zuständigkeit liegenden Straßen:

1. Den im beigefügten Plan (Anlage 2) dargestellten Bereich als Bewohnerparkzone „BU 5“ mit Bewohnerparkausweis für Bewohner*innen einzurichten und die Gebietsgrenze entsprechend dem beigefügten Plan festzulegen.
2. In dem Bewohnerparkbereiche „BU 5“ alle im öffentlichen Straßenraum vorhandenen Parkstände mit Parkscheinnutzungspflicht zu belegen, mit Ausnahme von Parkplätzen, die als Behindertenparkplätze oder zum Liefern und Laden ausgeschildert sind. Die Bewohner*innen mit Bewohnerparkausweis „BU 5“ werden innerhalb der Zone von der vorgegebenen Parkgebühr befreit.
3. Die Straßen innerhalb der Zone „BU 5“ gemäß der Plandarstellung in Anlage 5 zu beschildern.
4. Die Gebührenpflicht an Parkscheinautomaten auf die Zeit von montags bis freitags von 9.00 Uhr bis 19.00 Uhr und samstags von 09.00 Uhr bis 14.00 Uhr festzusetzen.
5. In der Zone „BU 5“ ein Tagesticket für 6 € einzurichten.
6. Die Höhe der Parkgebühren sich nach der Parkgebührenordnung in der jeweils geltenden Fassung zu richten. Auf eine Begrenzung der Höchstparkdauer wird zugunsten von Besucher*innen und Kund*innen verzichtet.
7. Die Sonderparkberechtigung von 00.00 Uhr bis 24.00 Uhr gelten zu lassen.
8. Die Einrichtung der Bewohnerparkzone „BU 5“ schnellstmöglich zu verfolgen.
9. Die Einführung durch einen Informationsflyer für Bürger*innen zu begleiten.
10. Die Verwaltung zu beauftragen, die personellen und organisatorischen Voraussetzungen zur Überwachung des ruhenden Verkehrs zu schaffen. Dazu erhält der Personal- und Verwaltungsausschuss eine gesonderte Vorlage.
11. Die Gebühr für die Erteilung eines Bewohnerparkausweises entsprechend der geltenden Bewohnerparkausweisgebührenordnung festzusetzen.

Abstimmungsergebnis:

Mehrheitlich, 4 Gegenstimmen,

**Zu 16 Übersicht über aktuell laufende Straßenbaumaßnahmen
hier: mündlicher Bericht
zur Kenntnis genommen**

Frau Roder präsentiert zum Thema.

Ratsfrau Breuer erkundigt sich, warum die Umgestaltung der Lothringer Straße gemäß den gezeigten Fotos so steril geworden sei.

Dies werde durch das noch wachsende bzw an einigen Stellen noch einzusetzende Grün noch kompensiert, verspricht Frau Roder.

Zur Umgestaltung des Vorplatzes Sankt Germanus merkt Frau Strack an, dass dort mitten auf dem umlaufenden Leitstreifen ein Mast stehe und fragt an, ob man dies beheben könne.

Frau Roder nimmt die Anmerkung mit und lässt das Ganze prüfen.

Beschluss:

Der Mobilitätsausschuss nimmt die Ausführungen zur Kenntnis.

Abstimmungsergebnis:

Zu 17 Baumaßnahme Bismarckstraße - Umleitungssituation
hier: mündlicher Bericht
zur Kenntnis genommen

Herr Hamblock berichtet mündlich zum derzeitigen Sachstand.

Beschluss:

Der Mobilitätsausschuss nimmt die Ausführungen zur Kenntnis.

Abstimmungsergebnis:

Zu 18 Mitteilungen der Verwaltung

Herr Müller weist auf die zwei schriftlichen Mitteilungen der Verwaltung zu den Thema Baumaßnahmen go.Rheinland und Anpassungen der Ortsbuslinie OL1 hin.
Zudem zeigt er einige Fotos des Mobilitätstages und kündigt verschiedene Veranstaltungen an.

In Ermangelung der nicht öffentlichen Teils beendet Frau Ausschussvorsitzende Wenzel die Sitzung um 19:58 Uhr.

Monika Annette Wenzel
Ausschussvorsitzende

Silke Retterath
Schriftführerin

Sibylle Keupen
Oberbürgermeisterin

